

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **21 (1941-1942)**

Heft 6

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

fühnt kehrt er in sein Erbe nach Argos zurück. Den Erinyen aber stiften die Athener, um sie zu versöhnen, am Areshügel ein Heiligtum. Sie geben ihnen feierlich festliches Geleit, damit das nun ständig dort tagende Blutgericht ihrer Mithilfe im Aufspüren dunkler, gemeiner Taten gewiß bleibe.

Mit dem Schluß, der unter ernstern Mahnungen doch schließlich in ein warmes Lob seiner Vaterstadt ausläuft, wollte Aeschylus an das alte, aber zu seiner Zeit vielumstrittene Institut des Areopags, des aristokratischen Rats und Blutgerichtshofs von Athen, nachdrücklich erinnern. Gleichzeitig sollte der wichtigste Wendepunkt in der Rechtsentwicklung allen sichtbar gemacht werden: der Übergang vom älteren Blutracherecht zum staatlich gehandhabten, das staatliche Leben erst eigentlich garantierenden Gemeinschaftsrecht. Wir halten diese Seite des Stücks für besonders wichtig, ohne daß nun noch genauer darauf eingegangen werden kann. Es erhält dadurch merkwürdige Gegenwartsnähe und wirkt, von hier aus scharf durchgedacht, wie ein Spiegel der inneren Geschichte des athenischen Volks, wie ein Spiegel für die Rechtsentwicklung überhaupt. Neben allem andern Auszeichnenden liegt eine geheime staaterzieherische Kraft in ihm, die Aristophanes mit im Auge gehabt haben muß, da er dem hoch von ihm verehrten Meister das mottoartig diesen Betrachtungen vorangestellte Wort vom Dichter als dem wahren Erzieher seines Volks in den Mund legte.

Bescheiden nannte Aeschylus seine Werke „Brocken vom reichen Tisch des Homer“. Wir aber nennen ihn den Vater der Tragödie, einen Dichter von Gottes Gnaden und einen Denker, wie es auch unter den Griechen nur wenige gab. Es sei noch beigelegt, daß den meisten Zitaten unseres Aufsatzes die Übersetzung von Johann Gustav Droysen zugrunde liegt, die der Verlag Alfred Kröner in seinen bekannten Taschenausgaben mit guter Einleitung von Walter Nestle 1939 wieder herausgegeben hat.

Politische Rundschau

Zur Lage.

„Wenn aber der Augenblick zur Rückkehr der Bevölkerungen und Gebiete, die Italien zustehen, und zur Durchführung einer allgemeinen, heilsamen Revision der französischen Stellungen gekommen ist, wenn also Frankreichs Macht auf ihr naturgegebenes Maß zurückgeführt und ihm der Weg zur Gesundung gewiesen wird, dann soll nur niemand gerade Italien um jenes „Mitleid“ bitten, das in diesen Fällen höchstens dazu dient, die Hand des Chirurgen unsicher zu machen.“

Diese bemerkenswerten Worte bilden die Einleitung zu einem vom italienischen Ministerium für Volkskultur herausgegebenen Werk, das in jüngster Zeit auch in neutralen Ländern verbreitet wurde und eine Zusammenstellung von Tatsachen-

berichten italienischer Staatsbürger enthält, die beim Kriegseintritt Italiens von den französischen Behörden in Konzentrationslager gewiesen worden waren. Die Internierten dieser Lager, welche anscheinend sehr schlechte Verhältnisse vorfanden, zum Teil, folgt man den Berichten, unter unmöglichen hygienischen und andern Bedingungen die Zeit des Konzentrationslagers über sich ergehen lassen mußten, berichten in dem an die 400 Seiten starken Werk mit lebendiger Ursprünglichkeit über ihre traurigen Erlebnisse. Allein, mögen die Berichte an sich den Leser oft bewegen, indem sie ein erschütterndes Bild des Elends und der Not wiedergeben, welche der Krieg über die Menschen bringt, so ist vom politischen Gesichtspunkt aus der zitierte Schlusssatz der Einleitung des Werkes, die aus der Feder des italienischen Minister für Volkskultur, Alessandro Pavolini stammt, als besonders bedeutsam zu beachten. Er zeigt mit unverhohlener Plastik die schweren Probleme, welche das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich heute, über ein Jahr seit dem Tage des Waffenstillstandes, bedrücken und stellt eine besondere Seite der ernstesten Lage, die für Frankreich entstanden ist und auf diesem Lande lastet, mit scharfem Ruck in das Blickfeld des Beobachters, umso wirksamer gar, als diese Seite der französischen Probleme unter der täglichen schweren Belastung der französischen Verhältnisse im Innern oft beinahe in Vergessenheit zu geraten drohte. An sie nun erinnert der italienische Minister mit einem Akzent, dessen Eindringlichkeit nicht zu leugnen ist, und er beleuchtet damit die Schwere der Lage, welche die widerstreitenden Ansprüche der Mächte vor und in diesem Krieg erneut für Europa geschaffen haben.

Auch ohne diesen oftmals übersehenen besonderen Aspekt muß die Entwicklung der französischen Lage in jüngster Zeit zu schweren Bedenken Anlaß geben. Hier hat der Eintritt Sowjetrußlands in den Krieg, im Verein mit einer auf das äußerste verstärkten britischen Propaganda in den besetzten Gebieten des Kontinents, eine Lage geschaffen, die heute ebenso unhaltbar wie unlösbar erscheinen will. Eingeklemmt zwischen den anscheinend sehr wirksamen Vorstößen der kommunistischen und probritischen Propaganda und der durch diese wiederum automatisch verstärkten Reaktion der deutschen Besatzung, erlebt das besetzte Frankreich heute vielleicht eine der schwersten Stunden in der Geschichte des Landes überhaupt, und zu jedem Tage besteht die akute Gefahr ernstester Ausbrüche mit unweigerlich blutigen Folgen, indes ja bereits auf beiden Seiten Blut geflossen ist.

Auch aus den übrigen besetzten Gebieten dringen zunehmend bedrohliche Nachrichten. Eine Welle des Widerstandes rollt von den Küsten des besetzten Holland über Norwegen und brandet gleichzeitig heftig an den Ufern der Adria, wo vor allem in bestimmten rein-serbischen Bezirken eine sehr gespannte Lage besteht. Gerade dort aber hat zweifellos der Eintritt Sowjetrußlands in den Krieg eine scharfe Aktivierung des Widerstandes zur Folge gehabt, und die Lage ist dort umso bewegter, als diese Gegend von jeher sich durch eine revolutionäre Luft berühmt gemacht hat.

So zittert denn zu Beginn des dritten Kriegsjahres unser europäischer Kontinent unter konvulsiven Ausbrüchen, und viel Leid kommt über unschuldige Menschen, indes die gigantischen Schlachten auf den weiten Feldern des Ostens ihre blutigen Opfer fordern.

Zwei bedeutende Konferenzen gaben der Berichtsperiode ein umso tieferes Gepräge, als beide um den Beginn des dritten Kriegs-

jahrestagten. Vom 10. bis 13. August trafen sich Roosevelt und Churchill an der amerikanischen Küste des Atlantik, vom 25. bis 29. August Hitler und Mussolini an der Ostfront. Das offizielle Ergebnis bestand in beiden Fällen in der Formulierung der Kriegs- und Friedensziele. Aber es ist kein Zweifel, daß die Beschlüsse, die intern ergingen, mit Bezug auf die immer mehr zu der Entscheidung treibenden Kriegslage viel wesentlichere Bedeutung beanspruchten. Jedenfalls hat sich dies mit Bezug auf die Atlantik-Konferenz in der Entwicklung klar bestätigt. Das bedeutendste Ergebnis dieser Zusammenkunft liegt fraglos in gewissen politischen und militärischen Dispositionen für die unmittelbare Zukunft, während die Deklaration der acht Punkte doch eine sehr mittelbare und ebenso ungewisse und kaum bestimmbare Zukunft beschlägt. Bemerkenswert erscheint hier die Aktivierung der Hilfe an die Sowjetunion. Doch wird man sich allerdings auch durch die Mittel der in diesem Punkt besonders aktiven britisch-amerikanischen Propaganda nicht täuschen lassen über die Tatsache, daß die angelsächsischen Mächte heute in der Versorgung mit Kriegsmaterial selber noch ganz erheblich im Rückstand sind, so daß es sehr zweifelhaft erscheint, ob sie schon jetzt Material in wirklich entscheidenden Mengen abgeben können, ohne eine riskante Schwächung der britischen Position im Mutterland und in Afrika herbeizuführen. Gerade Nordafrika aber werden die Briten am allerwenigsten vernachlässigen dürfen, weil es sich in den kommenden Wochen für eine Entscheidung besonders gut eignet, da die Witterungsverhältnisse immer schneller ihrer günstigen Periode entgegen-eilen. Nur über die Hauptsache besteht am allerwenigsten Klarheit, was diese Gegend betrifft: nämlich ob die Achsenmächte die Angreifer sein werden oder die Engländer. Sind es diese, so dürfte wohl ein weitergehender Plan in Szene gesetzt werden, welcher die politische Position Italiens als Ganzes zum Gegenstand hätte, wobei allerdings die Frage eines Erfolges oder Mißerfolges, übrigens auf beiden Seiten, mangels Kenntnis der Mittel völlig offen steht. Daß aber mit einer Aktion in Nordafrika gerechnet werden muß, dürfte sich in Kürze als sehr begründete Behauptung erweisen.

Das bedeutsamste Ergebnis der Konferenz der angelsächsischen Staatsmänner aber zeichnet sich in diesen Tagen ab in den in unerwartetem Maße verschärften Vorstößen Roosevelts gegen die deutschen Aktionen zur See und gleichzeitig an seiner inneren Front, wo er vom Kongreß neue, entscheidende Schritte im Sinne der heute unvermeidlichen Intervention erreichen will. Dieses Ergebnis der Konferenz aber steht seinerseits wieder in engster Verbindung mit der äußerst bemerkenswerten Entwicklung der Verhältnisse in den Beziehungen zwischen den angelsächsischen Mächten und Japan.

Am 27. September 1940 wurde der Dreimächtepakt geschlossen, dem in der Zwischenzeit zahlreiche kleinere Mächte beigetreten sind. Was Japan betrifft, so ist der Vertrag so gehalten, daß eine Verpflichtung Japans, an der Seite der Achsenmächte am Kriege teilzunehmen, nur im Falle eines direkten Angriffs einer am Kriege noch nicht beteiligten Macht auf diese statuiert wurde, ein Fall also, der bei der bekannten Taktik Roosevelts in bezug auf die U. S. A. aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eintreten würde und wird, während in bezug auf Rußland bekanntlich alle Vorbehalte gemacht wurden. Schon in der Folge zeigte sich immer deutlicher eine verstärkte Zurückhaltung des asiatischen Partners, an welcher auch die Europareise des damaligen japanischen Außenministers Matsukata nichts

änderte, während andererseits diese Reise mit dem russisch-japanischen Neutralitätspakt endete. Übrigens besteht über die Hintergründe dieses Vertrages, den ja Adolf Hitler gemäß seiner eigenen Erklärung in der Proklamation vom frühen Morgen des 22. Juni 1941 selbst angeregt hat, bis heute noch keine Klarheit. Mit dem Eintritt Sowjetrußlands in den Krieg akzentuierte sich die erwähnte Haltung der Japaner. Dagegen leiteten sie die Aktion gegen den Rest von Selbständigkeit ein, welcher der französischen Regierung von Indochina seit dem letzten Überlaß noch verblieben war. Sie besetzten wichtige Stützpunkte an der Südküste des Landes und rückten damit, fliegerisch gesehen, den Holländern und Singapur bedenklich nahe auf den Leib. Allein diesmal war die Reaktion der angelsächsischen Mächte unerwartet aktiv. Sie ergriffen scharfe Maßnahmen wirtschaftlichen Charakters, durch welche in Japan anscheinend eine Lage zu entstehen droht, der die wirtschaftliche Resistenzfähigkeit des durch den chinesischen Krieg schon lange äußerst angespannten, verhältnismäßig kleinen Volkes kaum mehr gewachsen wäre. Unter diesen Perspektiven hat sich, überblickt man die Dinge vom heutigen Standort aus, offenbar der Einfluß jener Kräfte im Lande plötzlich wieder verstärkt, welche einer Weiterführung der Achsenpolitik abgeneigt, einer Verständigung mit den angelsächsischen Mächten zugeneigt sind. In der Folge wurden sogar Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien eingeleitet und zwar zeitlich unmittelbar angereicht an jene damals vielbeachtete Erklärung, welche der gegen Ende August nach Tokio zurückgekehrte Minister Wafasugi abgab, der bei der japanischen Botschaft in Washington attachiert gewesen war.

„Die Vereinigten Staaten sind“, so erklärte der Minister, „bereit zu handeln. Sie sind dazu entschlossen, wenn Japan irgend einen weiteren Schritt im Fernen Osten unternehmen sollte. Ihre Haltung hängt ganz von derjenigen Japans ab. Die Vereinigten Staaten werden nicht die Initiative ergreifen; sie scheinen zu wünschen, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu Japan aufrecht erhalten bleiben, aber sie sind auf alles vorbereitet. Alle Gegenmaßnahmen sind ausgearbeitet, und eine nach der anderen wird in die Tat umgesetzt werden, Schlag auf Schlag mit jedem weiteren Schritt, den Japan wagen sollte.“

Die Tatsache, daß diese Erklärung von der japanischen Zensur zur Veröffentlichung freigegeben wurde, erweckte damals allgemeines Aufsehen. Inzwischen sind die Verhandlungen fortgeführt worden, wobei anscheinend eine persönliche Botschaft des japanischen Ministerpräsidenten, des Fürsten Konohe, an Roosevelt eine bedeutende Rolle spielte. Das Ergebnis der Verhandlungen allerdings ist bis heute nicht bekannt geworden, und es steht also nicht fest, ob sie überhaupt ein positives Ergebnis erzielen werden. In Tschungking allerdings zeigt man sich etwas besorgt; vielleicht ließen sich aus dieser Tatsache gewisse Schlüsse ziehen, wenn man nicht zu dem normalerweise reichlich unfaßbaren Charakter diplomatischer Verhandlungen in diesem Falle noch den besonderen Charakter der asiatischen Partner und Beteiligten addieren müßte. Dagegen ließen sich schon eher gewisse Schlüsse ziehen aus den unerwartet verschärften Vorstößen Roosevelts bis weit in den westlichen Atlantik, die wir erwähnt haben.

Der Krieg in Rußland hat zu einer Entscheidung bis heute nicht geführt; erschüttert steht man vor der gigantischen Leistung der deut-

schen Truppen und ihrer Führung, vor der Todesverachtung der russischen Verteidiger, welche bis heute alle Prognosen umgestürzt haben, besonders die von der inneren Auflehnung gegen das bolschewistische Regime im Falle von Rückschlägen, die von gewissen Leuten mit allzu eifriger Sicherheit unter die Menge gebracht worden war — ein Beweis, wie vorsichtig solche Prognosen aufzunehmen sind!

Indessen haben sich Engländer und Russen gemeinsam ein zwar relativ sicheres, aber nicht gerade bequemes Tor für ihre direkte Verbindung geöffnet durch die Besetzung der wichtigsten Punkte in Iran. Hier allerdings entsteht zwangsläufig ein in die Zukunft weisendes Problem in der Berührung britischer und russischer Kräfte in diesem Bereich, der zu den historischen Bezirken der alten Interessengegensätze der beiden Mächte gehört. Diese Feststellung aber führt unwillkürlich zu der weiteren, daß die im Gefolge des 22. Juni 1941 entstehende Allianz der bolschewistischen Machthaber mit Großbritannien und indirekt mit den Vereinigten Staaten vielerorts eine nicht nur rein politische Magenverstimmung zur Folge gehabt hat. Wenn auch zurzeit, wohl unter dem Eindruck der Haltung der bolschewistischen Armee im Kampfe gegen Deutschland, durch welche England doch eine sehr wesentliche Erleichterung — und indirekt Amerika — erwachsen ist, diese Verstimmung anscheinend sich etwas gelegt hat, so ist sie bestimmt latent noch vorhanden und kann sich hin und wieder sehr deutlich bemerkbar machen, wie das inzwischen sowohl in England wie in Amerika zu wiederholten Malen schon geschehen ist. Die Bedürfnisse der reinen Realpolitik freilich werden solche Stimmungen und Verstimmungen progressiv zurückdrängen; allein man kann sicher sein, daß sie eines Tages sich wieder geltend machen und zu erheblichen Komplikationen führen werden. Es ist wohl nicht von ungefähr, daß in diesen Tagen durch Teile der internationalen Presse ein Aufsatz ging, der stichwortartig die These zum Ausdruck brachte, daß die Allianz mit Rußland dem Partner immer Unglück gebracht habe. Inzwischen wird aber in den nächsten Tagen die große Konferenz in Moskau zusammentreten.

Um die Türkei, welche sich durch die Besetzung Irans erneut in das Rampenlicht gestellt sah, ereigneten sich verschiedene Diskussionen. Diese sind nicht nur an sich bemerkenswert, sondern deswegen bedeutsam, weil sie wiederholt auf die großen Schwierigkeiten weisen, welche die Lösung gewisser Probleme den Staatsmännern bereiten wird, wenn Rußland diesen Krieg als Machtfaktor überhaupt irgendwie überleben kann. Zu diesen Diskussionen führten im wesentlichen zwei Äußerungen. In einem vielbeachteten Artikel vertrat Ende August die „Times“ die These, daß der Sowjetunion im gesamten europäischen Osten und in Vorderasien die führende Stellung „für die Zeit nach dem Siege“ zukomme, während der frühere Flottenchef der Vereinigten Staaten, Admiral Stirling, in einem amerikanischen Blatt erklärte, nach der übereinstimmenden Ansicht aller Beobachter wäre es für die gesamte zivilisierte Welt von Vorteil gewesen, wenn man Istanbul vor hundert Jahren in eine internationale Zone umgewandelt hätte; diese Frage müsse nach dem Kriege gelöst werden, und zwar im Interesse der Türkei selbst!

Man kann sich denken, welche Wirkung diesen Veröffentlichungen in der Türkei beschieden gewesen ist.

Zürich, den 16. September 1941.

Jann v. Sprecher.

Schweizerische Umschau.

Schweizerische Meinungen über die Neugestaltung Europas. — Das Waadtland als Hort nationaler und christlicher Politik eigener Art.

Vor einigen Wochen haben sich die Führer der gegenwärtigen Kriegsparteien — Churchill und Roosevelt auf der einen Seite, Hitler und Mussolini auf der anderen Seite — zusammengefunden, um ihre Kriegsziele, namentlich die politische und soziale Weltordnung nach dem Kriege zu besprechen. Nicht nur die Großen schmieden indessen ihre Pläne, sondern auch bei uns Kleinen und Neutralen befaßt man sich mit der politischen Zukunft:

Es sind jetzt etwa anderthalb Jahre seither, da hatte die Schweizerische Vereinigung für den Völkerbund die Vertreter der „bündischen Bewegungen“ bei sich zu Gäste. Wie „Der Völkerbund“ (1940, S. 11) schrieb, bot man diesen „Bewegungen, die eine föderative Ordnung der Völkerbeziehungen erstreben, Gelegenheit, ihr Programm zu konfrontieren mit den Grundsätzen, zu denen wir Völkerbundsfreunde uns bekennen“. Das erste Wort hatte die „Europa-Union“: diese möchte ganz Europa in einen Bund zusammenfügen, für den eine Bundesverfassung — ähnlich der schweizerischen vom Jahre 1848 — gälte. Eine starke Zentralgewalt hätte die allgemeine Ordnung zu gewährleisten; sie wäre nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut. Natürlich müßten sich die einzelnen Bundesstaaten, wenngleich ihnen das innerstaatliche Regime freigegeben wäre, einer fühlbaren Einschränkung ihrer Souveränität unterziehen. Von einer Rechtsordnung könne eben erst gesprochen werden, wenn eine Verfassung gestatte, die der Gemeinschaft nötigen Gesetze zu erlassen. Das Grundgesetz hätte auch möglichst viele Freiheitsrechte aufzunehmen, darunter besonders das Recht der freien Niederlassung aller europäischen Bürger in allen Ländern des Kontinentes. Fast als selbstverständlich will es erscheinen, daß die „Europa-Union“ auch eine einheitliche Währung und die Aufhebung der Zölle zwischen den Bundesstaaten vorsieht. — Als zweiter brachte ein Vertreter der „Federal Union“ deren Gedankengänge zur Darstellung. Man solle, so meinte er, auf der Grundlage des Völkerbundes weiterbauen. Den überstaatlichen Organen seien größere Kompetenzen einzuräumen. Im Einzelnen seien die Mängel des Völkerbundsystems durch folgende Maßnahmen zu beheben: 1. durch Einsetzung einer in Permanenz tagenden überstaatlichen Autorität, 2. dadurch, daß diese Autorität die Völker zu vertreten und nicht nach Instruktionen zu stimmen habe, 3. durch Beseitigung der Einstimmigkeitsregel bei der Beschlußfassung, 4. durch Übertragung eines beträchtlichen Teiles der nationalen Souveränität auf die Zentralgewalt, wobei namentlich als Gebiete gemeinsamen Regierens gelten sollen: die Außenpolitik, die Armee und die Wirtschaft, 5. dürfte es auch kein Recht mehr geben auf freien Austritt. Neben diesem straff gefaßten Bunde, in dem diejenigen Staaten sich zusammenschließen, die solche Bindungen auf sich nehmen wollten, möge der bisherige Völkerbund als losere Staatenvereinigung für humanitäre, soziale und technische Zwecke weiter bestehen. — Schließlich meldeten sich noch Mitglieder der Völkerbundsvereinigung zum Worte. Ihre Ausführungen atmeten eine gewisse Verlegenheit im weiteren Vorgehen. Das Scheitern des — wie sie glauben — an und für sich gut konstruierten Völkerbundes einerseits zugehend, konnten sie sich doch andererseits eigentlich zu keinem der neuen konstruktiven Pläne für den Aufbau Europas entschließen. Am nächsten liegt ihnen immerhin noch das Vorhaben der „Federal Union“, denn ohne Einschränkung der staatlichen Souveränität zugunsten einer gemeinschaftlichen Organisation sehen sie jedenfalls keine befriedigende Lösung. Wichtiger seien zunächst allerdings die Sachfragen wie die Abrüstung, die Inangriffnahme der Weltwirtschaft und die geistige Freiheit sowie die

Erziehung zu einem anderen, weniger egozentrischen, zu einem solidarischen Denken unter den Nationen.

Was trägt es ein — so mag Mancher angesichts dieser Aussprache fragen —, daß sich in der kleinen Schweiz einige friedensliebende, aber durchaus einflußlose Leute mit den Problemen der Neugestaltung Europas, ja der ganzen Welt abquälen? Hat der Bundesrat nicht seinerzeit schon, als von der Gründung des Völkerbundes die Rede war, feststellen müssen, daß sich die Völkerbunds-idee natürlich auch ohne unser kleines Staatswesen verwirklichen könnte, daß es also eigentlich gar nicht auf unser Mitspielen im „europäischen Konzert“ ankomme? Indessen kann man die Sache allerdings auch von einer anderen Seite betrachten, und der Bundesrat hat das anlässlich des Beitrittes der Schweiz zum Völkerbund getan, indem er in seine Botschaft die gewichtigen Sätze aufnahm: „Die Zukunft jedes Staates, zumal eines kleinen und friedlichen Volkes wie der Schweiz, liegt — das ist die Lehre dieses Krieges — nicht nur in der Befugnis allein, sich von dem Streite der großen Mächte fernhalten zu können und nicht behelligt zu werden, sondern erst in der Sicherung positiver Gemeinschaft nach Rechtsgrundsätzen“. So kann es also nicht abwegig sein, wenn man sich auch hierzulande etwas mit dem Milieu beschäftigt, in welches die Schweiz künftighin zu liegen kommt. Tatsächlich ist ja auch bei uns — namentlich seit etwa hundert Jahren — die wünschbare Friedensordnung Europas vielfach erörtert worden. Der Genfer Graf Sellen erwog einen europäischen Bund, ebenso der Zürcher Professor Sartorius in seinem „Organon des allgemeinen Friedens“, Mazzini gründete zu Bern die Vereinigung „Das junge Europa“, in Genf wurde die „Internationale Liga für Frieden und Freiheit“ ins Leben gerufen, und Professor J. C. Bluntschli verfaßte ein Projekt über „Die Organisation des europäischen Staatenvereins“. (Vgl. den Aufsatz von H. Wehberg in „Die Friedenswarte“, 1941, Nr. 2/3.) Überhaupt ist es in Anbetracht unserer Lage mitten in Europa verständlich, daß man sich um die Gestaltung der Außenwelt bekümmert, von der doch in starkem Maße unser Schicksal abhängt. Ideen für die Friedenssicherung zu entwickeln, kann unseren Leuten wohl niemand verwehren, solange sie wenigstens auf dem Boden der Neutralität bleiben. Auch steht es uns sicher wohl an, völkerverbindende Gedanken zu hegen. Dagegen müssen wir „Halt!“ gebieten, sobald sich diese Betätigung mit Schulmeistern, Drängeln und Einmischen in fremde Angelegenheiten verbinden sollte. Daß die schweizerischen Vorschläge bei der Gründung des Völkerbundes sozusagen unbeachtet blieben, obgleich das Milieu für die Beachtung verhältnismäßig günstig war, dürfte auch die geringe Bedeutung solchen Müheins ins rechte Licht setzen. Wichtiger als alle Worte und Vorschläge ist jedenfalls das mittelbare Wirken der Schweiz durch gute Ordnung im Staate, unter den Sprachen, Bekenntnissen und politischen Ansichten. Reden wir unser Wort durch das gute Beispiel mit! Und lassen wir uns das Heer, das dieses gute Beispiel schützt, niemals entreißen!

In den verschiedenen bündischen Bewegungen — auch der „Pan-Europa“-Plan von Coudenhove-Kalergi und das neue „Mouvement populaire Suisse en faveur d'une Fédération des Peuples“ gehören dazu — spielt nun allerdings unsere Eidgenossenschaft bereits eine hervorragende Rolle. Jedoch nicht etwa in dem eben dargestellten Sinne, sondern als schönes Licht, das dazu bestimmt ist, so lange zu leuchten, bis es sich selber aufgelöst hat, etwa nach der Märtyrerd devise „Ardendo consumor“. Bezeichnet doch die „Europa-Union“ in ihrer Begeisterung über den heimatischen eidgenössischen Gedanken als ihr Endziel die „Einigung Europas auf föderalistischer Grundlage, als Bundesgenossenschaft freier, gleichberechtigter Völker, als „europäische Eidgenossenschaft“, was unzweifelhaft die Enthauptung der „schweizerischen“ Eidgenossenschaft zur Folge hätte. In diesem Bestreben, das eidgenössische Element auf Europa zu übertragen, er-

scheint noch fast die Völkerbundsvereinigung als am zurückhaltendsten, aber allen Bewegungen ist doch gemeinsam, daß sie eine starke Beschränkung der nationalstaatlichen Souveränität durch eine Zentralgewalt vorsehen und die einzige Militärmacht allein zu deren Verfügung stellen wollen. Insofern bilden sie eine gewisse Gefahr für unser Land, zum mindesten unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Persönlich kann man zwar den meisten Vertretern des bündischen Gedankens zubilligen, daß sie sich dieser Gefahr nicht bewußt sind, aber wir wittern gewiß nicht zu Unrecht hinter der ganzen Betriebsamkeit auch den Pazifismus, der die Schweiz als erstes Opfer auf die Schlachtbank führen möchte. In dieser Lage besteht nur der eine Trost, daß alle diese Leute nicht diejenigen sein werden, die im Namen der Schweiz bei der Neugestaltung Europas mitwirken. Wenn wir auch sonst gar nichts wissen von der künftigen Neugestaltung, so ist nämlich doch sicher, daß sie nicht ein Werk jener unklaren, fortschrittsgläubigen Individualisten, Idealisten und Humanisten sein wird, die dem gescheiterten Völkerbund zu Gevatter standen. Wer wie sie glaubt, es genüge ein neues Konstruieren und Organisieren, ist auf dem Holzweg, und auch die von ihnen ersehnte Sinnesänderung reicht in ihrem partiellen Umfange und wegen ihres Mangels an Grundfäßlichkeit niemals aus. Die kommende Welt dürfte ein schärfer gezeichnetes Gesicht bekommen als die vergangene und neuer Männer bedürfen, die deutlicher Ja und Nein sagen als die Anhänger der bündischen Bewegungen. Schon steigt ja am anderen Horizonte der Gedanke einer Einfügung in die Hegemonie der Achsenmächte auf: „Il s'agit pour les peuples européens de s'insérer spontanément dans l'ordre qui s'annonce. A l'oeuvre!“ (Le Mois Suisse, Oktober 1940, Seite 32.) Um so mehr gilt für unser Vaterland die Mahnung: „Behalte was du hast, damit niemand dir die Krone raube!“ Wie leicht könnten wir uns selbst nutzlos zum Opfer bringen! Die aus dem Welschland („La Nation“ und „Suisse Contemporaine“) erklingenden Rufe zur Selbsterhaltung der Schweiz um des europäischen Friedens willen verdienen deshalb gesteigerte Beachtung.

Damit soll nun allerdings nicht gesagt sein, daß die Anhänger der bündischen Bewegungen die Hand von der Sache lassen sollen. Seit dem römisch-deutschen Reiche und Christian Wolffs naturrechtlich begründetem Plan einer „Civitas maxima“ — siehe den Aufsatz von Dr. Hans Klee im Februarheft 1941! — ist es sogar Pflicht eines jeden, sich für Frieden und Gemeinschaft einzusetzen. Aber — und das sei den bündischen Bewegungen klar bedeutet — wer das tut, kann kaum tief genug graben für ein solides Fundament. Hier hapert es aber gewaltig: das ganze Verede und Geschreibe der bündischen Bewegungen wogt an der Oberfläche des Geisteslebens, beschränkt sich auf das Konstruieren und Organisieren nach Herzenslust. Voraussetzung ist dabei immer noch jene idealistische und individualistische Auffassung des Menschen und des Staates, unter der schon der Völkerbund versagte, und es mangelt auch der Sinn für das langsame Wachstum einer Gemeinschaft. Vorerst könnte man sich doch, wie z. B. der „Staatsbürger“ vorschlägt, mit staatlichen Vereinbarungen, Abmachungen und Konventionen zufrieden geben, ohne das große Ziel aus den Augen zu verlieren. Mit Recht hat auch „La Nation“, das Organ der „Waadtländer Nationalisten“, darauf aufmerksam gemacht, daß ein Bund nur unter einem Zwang zustande komme: „On n'a jamais vu de confédération se créer sans fédérateur.“ Das Wichtigste aber, was außer Acht gelassen wird, ist jedoch das Erfordernis einer mehr oder weniger einheitlichen christlichen Weltanschauung, die ständig neuen Gemeinschaftswillen aus sich erzeugt. Ein Bund lebt eben immer von der verbindenden Gesinnung und nicht von organisatorischen Rechtsfäken. In schöner Weise hat das Th. Graf geschichtlich nachgewiesen mit seiner Arbeit „Europäischer

Föderalismus“ in der „Schweizerischen Rundschau“: noch nie haben darnach Bünde von Staaten längere Dauer gehabt, wenn sie nicht auf einer einheitlichen Weltanschauung gegründet waren. So sehr also die großzügigen organisatorischen Pläne für die Neugestaltung Europas das Interesse vieler in Anspruch nehmen mögen, so müssen wir uns doch dessen bewußt sein, daß eine auch nur einigermaßen dauerhafte Befriedung eine gewisse Einigung des Glaubens und der Gesinnung voraussetzt.

* * *

Das Lob des Waadtlandes wird derzeit eifriger gesungen als je zuvor. Schon letztes Jahr, als die Waadt zufällig den Bundespräsidenten und den General zugleich stellte, riefen die dortigen Nationalisten „L'heure du pays de Vaud“ aus. Sie schilderten in der Zeitung „La Nation“ ihre Heimat als die Summe der geographischen Eigenschaften der ganzen Schweiz, rühmten sie als das älteste landschaftliche Staatsgebilde und sagten ihr eine Renaissance voraus, nicht zuletzt als Mittlerin zwischen der Schweiz und dem freundnachbarlichen Italien. Das ist indessen nicht die einzige Erhebung des waadtländischen Selbstbewußtseins. Ganz allgemein verbreitet sich dort nämlich das Gefühl, eine Mission zu haben und etwas Besonderes darzustellen. Dem neu erwachenden nationalen Sinn bieten auch die äußeren Umstände einen denkbar günstigen Boden. Hatte das Waadtland bislang eigentlich etwas dahingeträumt und stand es in Gefahr, durch fremden Geist und Zuzug denaturiert zu werden — wir vernehmen zum Beispiel, daß die Stadt Morges unter ihren 5718 Einwohnern nur noch 188 Bürger zählte —, so wurde diese erst von Einzelnen entdeckte Mission durch den Zusammenbruch Frankreichs klarer, bildet doch die kleine Republik am Léman derzeit das größte Staatsgebiet französischer Zunge, das nicht vom Kriege tödlich in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Sei es nun der Stolz auf das eigene Wesen, sei es die Furcht vor einem ähnlichen Schicksal: jedenfalls wirken starke Kräfte gegen die bisherige Lethargie und für ein ausgeprägtes eigengründiges Volks- und Staatsleben. Immerhin verhält es sich noch nicht so, daß alle Leute davon ergriffen wären, aber das Sich-selbst-Wiederfinden steht doch in guter grundsätzlicher Vorbereitung. Wir weisen an dieser Stelle nur einmal auf die politische Diskussion hin, die sich — im Gegensatz zu den politischen Äußerungen der deutschen Schweiz — auffallend stark mit den prinzipiellen, ja mit den tiefsten Fragen aller Politik beschäftigt. Fast möchte es scheinen, als ob die besondere Lage der Waadt ein Zusammenraffen der letzten Kräfte bewirke, damit die Waadt als Haupt einer Minderheit in der Eidgenossenschaft und als Staatswesen französischer Zunge ihre Existenz sichern könne. Die leitenden Prinzipien sind dabei Glaube und Heimat; aus ihnen soll sich die einheimische Ordnung, ein starkes Volk und ein starker Staat eigenen Gepräges aufbauen. Wie diese Gedankengänge im einzelnen verlaufen, möge hier an zwei bemerkenswerten Beispielen kurz dargetan sein:

Das äußerlich eindrucksvollere Beispiel bietet der waadtländische Nationalismus, der sich einerseits in seinem Zeitungsorgan „La Nation“ und andererseits in seinen „Cahiers de la Renaissance Vaudoise“ kundgibt. „Ordre et Tradition“ heißt seine Devise, und ein symbolvoll komponiertes Wappen begleitet seine Publikationen. Ein Aufruf der Ligue Vaudoise — so nennt sich die nationallistische überparteiliche Organisation — an die studierende Jungmannschaft (in „Cahier“ No. 22) faßt vielleicht den Geistesgehalt der Bewegung am besten zusammen: Darnach sollen sich die Kräfte der Einzelnen der „Renaissance Vaudoise“ zuwenden. In erster Linie nötig sei dabei jedoch die Kenntnis des ererbten Vatergutes, das es zu entwickeln gelte. „Nous devons y défendre le moyen de parfaire notre humanité“. Körperbildung gewährleiste einen freien Geist. Die

Geistesbildung habe zum Ziel, einen originellen Stil herauszufördern: „Dans toutes les créations de l'esprit (lettres, arts plastiques, musique), nous devons atteindre à un style qui reflète la langue et le tempérament vaudoise“. Diese Überlegungen führen mit Bezug auf den Staat zu dem schwerwiegenden Schlusse, daß es eine nationale Kultur nur gebe innerhalb des Rahmens der waadtländischen Heimat, die souverän darüber entscheide, und daß die Eidgenossenschaft bloß dazu da sei, um diese waadtländische bzw. kantonale Eigenart nach außen zu schützen. Weltanschaulich steht die Liga auf dem Boden des Christentums, von dem sie die Erfüllung des menschlichen Wesens erwartet. Verworfen werden dagegen die totalitären Ideologien sowie auch die Auffassungen der französischen Revolution. Für die Zukunft der Heimat setzt die Liga ihre Hoffnung auf die Jugend, die aus der Geschichte lernen kann, was waadtländische Eigenart ist. Wer mit offenen Augen durchs Land geht, bemerkt auch, daß es eine Elite gibt in der Bevölkerung, der man nachsehen soll. Das ist überhaupt der Weg, den die Liga einschlagen möchte: eine Elite heranbilden, die das Volk kulturell und politisch führt. Damit wendet sich die Bewegung zugleich gegen jede Massenkultur und Massenpolitik.

Das andere Beispiel gibt die alteingesessene konservativ-liberale „Gazette de Lausanne“. In ihren Spalten hat der Chefredaktor Georges Rigassi Aufsätze über den welschen Liberalismus veröffentlicht mit Gedanken, die ihren Niederschlag auch in einer Schrift: „Notre libéralisme. Une mise au point nécessaire“ (Lausanne 1941) gefunden haben. Hatte bei der genannten Liga vorher die Devise „Ordre de Tradition“ gelautet, so ist hier von „Ordre et Liberté“ die Rede. Der Verfasser besleißigt sich, zwischen dem manchesterlichen, von Rousseau geprägten „lateinischen“ Freiheitsbegriff und der einheimisch-welschen Freiheitsauffassung einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen. Der erstere wird als rein negativ und destruktiv bezeichnet. Dagegen wird dargetan, daß man in der welschen Schweiz der individuellen Freiheit stets die notwendigen Korrektive beigelegt habe. Zeuge dafür ist namentlich Alexandre Vinet: dieser Theologie wies darauf hin, daß zum Recht sich auch die Pflicht gesellen müsse, damit eine gerechte soziale Ordnung entstehe. So kam er zu der Synthese von Freiheit und Ordnung, die das soziale Leben bestimmen muß: „Quiconque aime l'ordre sans aimer la liberté n'aime pas l'ordre, et quiconque aime la liberté sans aimer l'ordre n'aime pas la liberté. Chacun de ces éléments, exclusivement cultivé, engendre son contraire; la liberté sans frein est mère de la tyrannie, l'ordre sans liberté prépare le désordre“. Damit hat der Protestantismus seinen eigenen Freiheitsbegriff herausgebildet: Freiheit ist ihm immer das Recht des Menschen, seine Pflicht zu tun. Auf diese Weise lassen sich Freiheit und Autorität, Individualismus und Solidarität gut zusammenfügen, und der so geartete Liberalismus ist geeignet, eine wohlthätige Wirkung auszuüben. Was noch im besondern das Verhältnis des Einzelnen zum Staate anbelangt, vertritt Rigassi den Standpunkt, daß der Liberalismus den Menschen an die erste und den Staat an die zweite Stelle setze. Somit müsse der Wert der menschlichen Freiheit hervorgehoben werden, der Staat aber andererseits habe sich auf seine natürlichen Aufgaben als Wächter und Richter zu Gunsten der Freiheit des Einzelnen zu beschränken.

Auf dem engen Boden der Waadt eine eigene Kultur und Politik zu pflegen, ist ein ebenso kühnes wie geistig gewichtiges Unterfangen. Wer weiß, ob nicht daraus das Vorbild eines Staates entsteht, das sich weitherum zur Nachahmung empfiehlt? Unzweifelhaft handelt es sich sowohl beim waadtländischen Nationalismus wie auch beim dortigen Liberalismus um originelle Lösungen der Staatsgestaltung, die die Mängel der einseitigen Überschätzung der Masse und des Individuums zu vermeiden suchen. Wir halten es dabei für bemerkenswert, daß wieder Gedanken eine Rolle spielen, die man ander-

wärts für überholt oder noch nicht aktuell hält, nämlich die Lehren der Geschichte und der Theologie. Man braucht nur einen Blick auf die politische Literatur der deutschen Schweiz zu werfen, um den Unterschied in der Tiefe der politischen Haltung zu gewahren. In der deutschen Schweiz weiß man mit der Geschichte und der Theologie für das praktische politische Leben sozusagen nichts anzufangen. Das kommt zum guten Teil auch davon her, daß dort die politische Existenz nicht so in Frage gestellt ist wie im Waadtland, und daß die ältere Generation noch mehr den Ton angibt. Im Waadtland dagegen ist die neuere grundsätzliche Politik ausschlaggebend von den Jüngeren bestimmt (die nationalistische Richtung hat in dem Dichter Ramuz ihren Künster erkoren). Die Jüngeren sind es aber auch, die sich eindeutig zum christlichen Denken in Politik und Kultur bekennen: eine Arbeitsgemeinschaft, die sich aus Jungen der verschiedenen Parteiarten zusammengefunden hat, erachtet einhellig das Christentum als Grundlage des Staates.

Kritik an dem allem wäre durchaus möglich. In Anbetracht von so viel positiven Werten, wollen wir sie uns indessen derzeit — eine gute Entwicklung erhoffend — noch versagen.

Bülach, am 15. September 1941.

Walter Hildebrandt.

Kultur- und Zeitfragen

† Eduard Heyck.

Am 11. Juli schlossen sich Heycks ebenso gütige wie scharfe Augen, die mehr von Zeiten und Räumen unserer Erde gesehen hatten, als den meisten Lebenden beschieden ist. Seit Jahren freilich hielt ihn Krankheit auf seinem Sitz Rankenberg bei Ermatingen fest, und spärlicher wurden seine stets auf eigenste Art geschichtliche Fragen aufhellenden Betrachtungen. Noch hofften wir, von ihm das gewaltige Geschehen dieser letzten Jahre gedeutet zu hören; aber der Tod ließ ihn eine Lösung der jetzigen weltgeschichtlichen Ereignisse nicht mehr gewahren. Als ich jüngst auf dem Hohentwiel stand und über Untersee und Insel Reichenau hinweg nach jenem so schönen thurgauischen Gelände schaute — der Weltwanderer Heyck hielt es für die liebste Landschaft und stellte sie sogar über die prunkenden Kleinodien der Erde wie Konstantinopel, Neapel und Rio de Janeiro — da befiel mich tiefe Trauer um den Hinschied des Gelehrten und Freundes, der wie kein zweiter vermocht hätte, die Gegenwart aus der Vergangenheit zu erklären und die Zukunft zu deuten, der auch der Schweiz eng verbunden blieb, obwohl er friesischer Abstammung und in Mecklenburg aufgewachsen war.

Heyck hatte diese Hefte um zwar seltene, aber höchst wertvolle Beiträge bereichert, von denen sein Aufsatz über „Mamannen und Memannen“ weithin aufklärend gewirkt und einer falschen Ansicht und Schreibweise ein Ziel gesetzt hat. Ein anderer, über einen mittelalterlichen Völkerbundsplan, wurde offenbar so sehr beachtet, daß er wiederholt nachgedruckt und nachgeahmt wurde, wobei Heyck und die „Monatshefte“ oft schamhaft als Quellen verschwiegen wurden. Da an dieser Stelle 1932 die Bedeutung Heycks anlässlich seines damaligen 70. Geburtstages erwähnt wurde, sei heute nur wenig ergänzt oder in Erinnerung gerufen.

Bis zuletzt blieb der an Ehrungen doch überreiche Heyck stolz und dankbar für die einst dem 29-Jährigen verliehene Ehrenmitgliedschaft unserer Schweizerischen